

# Causa

## ARGUMENTE UND ZUSAMMENHÄNGE

Wir laden interessante Autoren ein, sich auf [causa.tagesspiegel.de](http://causa.tagesspiegel.de) auszutauschen und präsentieren jede Woche an dieser Stelle Auszüge aus den Debatten.

In dieser Woche geht es um zwei Parteien. Nach dem **AfD-Parteitag** stellt sich die Frage nach dem Umgang mit den Rechtspopulisten neu. Nico Lange von der Konrad-Adenauer-Stiftung betont, die AfD sei nicht allein ein Problem der CDU und fordert den Politbetrieb auf, die Auseinandersetzung zu beginnen.

Außerdem lesen Sie den Parteienforscher Ulrich von Alemann zur Frage „Wie viel Kretschmann ist gut für die Grünen?“. Die Partei sei auf dem Weg zur Volkspartei, sagt er, und zwar unumkehrbar.

■ Neu auf [causa.tagesspiegel.de](http://causa.tagesspiegel.de) ist die Frage nach Libyen. Kann das Land in der Flüchtlingsfrage ein Partner der EU sein?

Wie viele antimuslimische Rassisten greift auch die AfD auf eine Umwegkommunikation zurück, die vorgeblich nur den Islam angreift, um dem Rassismusvorwurf und dem Vorwurf der Hetze gegen Menschen zu entgehen. Diese Mechanismen sind für uns in Deutschland aber kein neues Phänomen. Und deswegen werden sie auch nicht funktionieren. Die vermeintlich anschlussfähigen Parolen der AfD werden sich als das entpuppen, was sie sind: die verfassungsfeindliche und unseren Grundwerten widersprechende Forderung nach Ausgrenzung und Entrechtlichung von Menschen. Doch als Muslimin sage ich: Ich mache mir keine Sorgen, und ich habe auch keine Angst.



**Lydia Nofal**

ist Sprecherin des Arbeitskreises Muslimischer Sozialdemokratinen und Sozialdemokraten

Keine Frage, Konrad Adenauer dürfte heute den Positionen der AfD zu Einwanderung, Homoehe oder Umweltschutz näher stehen als denen seiner CDU. Jeder ist eben immer auch ein Kind seiner Zeit. Das restliche AfD-Programm atmet allerdings den Geist derer, die meinen, die Probleme der Welt mit Zäunen und Schießbefehlen ausperren zu können. Es ist das Gegenteil verantwortlicher Politik, wie Konservative sie seit 1945 gemeinsam mit FDP, SPD und Grünen in wechselnden Mehrheiten, aber immer ähnlichen Grundüberzeugungen folgend, betrieben haben.



**Christoph Giesa**

ist Autor. Zuletzt erschien von ihm „Gefährliche Bürger – Die Neue Rechte greift nach der Mitte“ (Hanser Verlag).

**Rot markiert:** Ablehnung zentraler Argumente des Haupttextes, **Grün markiert:** Zustimmung zu zentralen Argumenten des Haupttextes, **Orange markiert:** Weder Zustimmung noch Ablehnung zu zentralen Argumenten des Haupttextes



Ein visueller Kommentar zur AfD von Lea Brousse von [brousseruddigkeit.com](http://brousseruddigkeit.com)

# Vom Umgang mit der AfD

Die Ausgrenzung der Partei ist kontraproduktiv. Stattdessen muss man sie inhaltlich stellen. Jetzt, da sie ein Programm hat, geht das. Alles andere führt zu nichts

VON NICO LANGE

Seit mittlerweile drei Jahren diskutieren Parteien, Medien und Öffentlichkeit die Frage nach dem „Umgang mit der AfD“. Die aufsehenerregenden Wahlergebnisse der Landtagswahlen im März 2016 und der Programmparteitag der AfD haben diese Debatten erneut befeuert. Die Frage wird zuweilen mit einer derartigen Intensität diskutiert, dass man den Eindruck bekommen könnte, die neue rechtspopulistische Partei, die in bundesweiten Umfragen derzeit bei bis zu 15 Prozent liegt, sei das zentrale Problem der Bundesrepublik. Der AfD wird das recht sein.

Die Diskussion lebt allerdings im Kern von der irrigen Annahme, man könne politisch etwas tun, sagen oder beschließen, das dazu führt, dass die AfD wieder von der politischen Landkarte verschwindet. Dabei sind drei Jahre genug Zeit, um anfangs aufgestellte Thesen über den „Umgang“ zu widerlegen oder zu bestätigen.

Die AfD ist erkennbar weder „die gute alte CDU“ noch Ausdruck eines „Rechtsrucks“ der Gesellschaft oder gar politisches „Dunkeldeutschland“. Sie ist eine opportunistische Protestpartei. Mit Positionenverschiebungen entlang eines Links-Rechts-Spektrums wird man die AfD nicht bekämpfen können, auch nicht mit Rhetorik à la „rechts von der Union darf es keine Partei geben“. Die AfD wird gewählt, weil Protestwähler diffusen Unmut zum Ausdruck bringen, weil vielfältige Ängste in der Gesellschaft zugenommen haben, weil sich viele Menschen globalen Entwicklungen hilflos ausgeliefert fühlen und sich nach Übersichtlichkeit sehnen.

Die hohe Beweglichkeit der Wählerschaften macht vor diesem Hintergrund den Erfolg neuer Parteien möglich. Für die neuen Bundesländer gilt das ganz besonders. In individualisierten, pluralistischen Gesellschaften, in denen Medienpublika sich fragmentieren und das Medienkonsumverhalten zunehmend Echokammern hervorbringt, sind Auswirkungen auf das Parteiensystem natürlich zu erwarten. Dass durch eine große Koalition im Bund kleinere und auch außerparlamentarische Parteien Auftrieb bekommen, ist auch keine neue Erkenntnis. Die AfD gehört zu dem gemeinsam mit der FDP zu den ungebundenen Oppositionsparteien, während Grüne und Linke an Landesregierungen beteiligt sind. Ein ge-

wisser Grad an Gelassenheit wäre vor dem Hintergrund dieser strukturellen Faktoren hinsichtlich der Wahlergebnisse der AfD also angebracht.

Das soll nicht heißen, dass man sich wegen des autoritären Geists der AfD, der fortwährenden Tabubrüche, der gezielten Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas und der völligen Abwesenheit konstruktiver Problemlösungsansätze in dieser Partei keine Sorgen machen muss. Hysterie und erschrecktes Starren auf die AfD sind jedoch genau das, was die Populisten zum Leben brauchen wie die Luft zum Atmen. Wenn Politiker mehrerer Parteien jetzt argumentieren, man müsse dieses und jenes beschließen „wegen der AfD“ oder „weil sonst die AfD...“, laufen sie in eine klassische Falle der Rechtspopulisten: Wer sich von Populisten treiben lässt, löst keine relevanten Probleme mehr. Werden die relevanten Probleme nicht gelöst, stärkt das die Populisten.

Ohnehin ist die Adaption der populistischen Rhetorik oder das „Eingehen auf die Sorgen und Ängste der Bürger“, bei dem man häufig den Populisten recht gibt, nachweislich gescheitert. Das haben Horst Seehofer, Reiner Haseloff, Julia Klöckner und Guido Wolf gezeigt, die sich in der Flüchtlingsfrage vom Kurs der Kanzlerin absetzen, aber die AfD damit nicht schwächen.

Ebenfalls gescheitert ist auch der Ansatz einer vollkommenen Ausgrenzung der neuen Partei. Mit einer politischen Einheitsfront, die von einem moralischen Sockel aus argumentiert, wird man die AfD nur weiter stärken und bei Protestwählern sehr wahrscheinlich Trotzreaktionen hervorrufen. Daher ist auch eine pauschalisierende Abstempelung der AfD und ihrer Wähler

als „rechtsradikal“ natürlich ein Fehler. Eine Ausgrenzung der AfD funktioniert auch mit den tabubruchverliebten Medien nicht, und nicht mit einer unionsinternen Opposition, die das Drohen mit der AfD zu nutzen weiß. Wobei die AfD-Wähler keinesfalls nur von dort, sondern auch aus anderen Parteien kamen.

Noch einmal: Die AfD ist eine Protestpartei. Ihre Wahlergebnisse sind ein Kommunikationsaufruf an alle etablierten Parteien. Sie müssen Wege finden, um an die Wähler zurückzukommunizieren: „Ja, wir haben gehört, und wir haben verstanden.“ Die dauernde Frage nach dem „Umgang mit der AfD“ ist da falsch, weil man mit ihr umgehen muss wie mit anderen Parteien auch.

Man muss die AfD argumentativ stellen. Das jetzt beschlossene Programm bietet dafür konkretere Möglichkeiten. Die AfD hatte sich lange vor einer Festlegung programmatischer Positionen gescheut, um Projektionsfläche für möglichst viele unterschiedliche Protestwähler zu bleiben. Durch das Programm verkleinert sie die Projektionsfläche und macht sich angreifbar. Viele der Positionen des Grundsatzprogramms der AfD sind schon in der Analyse falsch, viele der im Programm formulierten Forderungen sind in der Vergangenheit bereits gescheitert oder völlig aussichtslos. Es braucht jetzt argumentationsfähige Persönlichkeiten in den etablierten Parteien, die dies offenlegen und die Argumentation führen – sowohl medial vermittelt als auch vor Ort.

Die argumentative Auseinandersetzung mit der AfD ist außerdem eine gute Gelegenheit, sich über die eigenen politischen Grundlagen noch einmal bewusst zu werden. Die Problemlagen in

Europa und der Welt und das Aufkommen der Populisten weisen darauf hin, dass grundsätzliche Fragen stärker besprochen, Antworten gut begründet werden müssen: Warum gewähren wir Asyl? Was bedeutet Religionsfreiheit als Grundrecht? Wie verhalten wir uns zu Religion im öffentlichen Raum? Warum wollen wir die Europäische Einigung? Warum sind wir Mitglied der Nato? Was ist der besondere Wert der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie? Die Angriffe der Rechtspopulisten der AfD auf die von ihnen sogenannten „Konsensparteien“ zielen auf diese Fragen. Will man sie abwehren, muss man von den Grundlagen her argumentieren können.

Die Hysterie um die Wahlergebnisse der AfD sollte vor allem aber nicht vom zentralen Punkt wegführen: Das Erstarken der migrationsfeindlichen und europafeindlichen Populisten in ganz Europa hat mit der mangelnden Handlungsfähigkeit der EU angesichts globaler Herausforderungen zu tun. Die Populisten reagieren auf ungelöste europäische Probleme mit dem Streben nach nationaler Verschachtelung. Die Staatsschuldenkrise im Euroraum mit der Zuspitzung in Griechenland, die schleppenden Reaktionen auf die Annexion der Krim und Russlands Intervention im Donbass sowie die Probleme mit der Bewältigung der Flüchtlingswanderung sind Iterationen der mangelnden Handlungsfähigkeit der EU.

Es wäre wünschenswert, wenn nach dem Referendum in Großbritannien, den Präsidentschaftswahlen in Frankreich und den Bundestagswahlen 2017 die führenden Mitgliedsstaaten gemeinsam eine Initiative zur Stärkung der politischen Handlungsfähigkeit der EU ergreifen würden. Das wäre der richtige Umgang mit Populismus.

— Eine ausführliche Version dieses Beitrags erscheint in der Mai/Juni-Ausgabe der Zeitschrift „Die Politische Meinung“.



Nico Lange ist Vizeleiter der Abteilung Politik und Beratung und verantwortet die Parteienforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung

# Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei

Noch ist das Ex-Ökobündnis in der neuen Rolle nicht angekommen. Aber zurück geht es auch nicht mehr, schreibt Parteienforscher Ulrich von Alemann

Wer ist das Volk? Wir? Wer ist wir? Das ist nicht so einfach. Mal ist das Volk das freiheitssehnsüchtige Leipzig bei den Montagsdemos in der Abenddämmerung der Volksdemokratie DDR. Mal ist das Volk der fremdenverstockte Teil Dresdens bei den Montagsdemos von Pegida heutzutage in der sächsischen Konkurrenzstadt. Ähnlich kompliziert verhält es sich mit den Volksparteien. Das waren mal die Deutschnationalen in der Weimarer Republik, die Hitler den Steigbügel hielten. Heute sind es die großen Parteien CDU/CSU und SPD in der Bundesrepublik, die aber ausdauernd von den Medien gefragt werden: Seid ihr es noch? Das Etikett reklamiert neuerdings sogar die Vorsitzende der AfD nach den jüngsten Landtagswahlen. Sie will auch Volkspartei sein, sei sogar in zwei Landtagen deutlich größer als die SPD geworden.

In dieser Lage tut es gut zu klären, was denn eine Volkspartei wirklich ist. Auch das ist nicht einfach, weil die Wissenschaft den Begriff nicht mag, er ist ihr zu flüchtig. Schwingt da doch von Anbeginn das Völkische mit – wie neuerdings wieder bei der AfD. Aber die Medien haben sich mit dem Sprachgebrauch durchgesetzt, und so kommt man an dem Wort nicht vorbei. Ist die Volkspartei die Partei des ganzen Volkes? Das kann in der pluralistischen Demokratie nicht sein, keiner will den Einparteiensstaat wollen, obwohl alle Parteien so viel Stimmen und Macht wie möglich anstreben.

Deshalb schlug der geniale deutsch-amerikanische Politikwissenschaftler Otto Kirchheimer schon vor über 50 Jahren vor, von catch-all-parties oder Allerparteien zu sprechen, die einfach Stimmen aus allen Lagern maximieren wollen. Das ist nüchterner als Volkspartei, hat sich aber vielleicht gerade deshalb nicht durchgesetzt.

Aber sein Versuch weist in die richtige Richtung. Eine Volkspartei wäre demnach diejenige, die in ihrem Programm, in ihrer Politik, in ihrer Bündnisfähigkeit, in ihrer Mitgliedschaft und in ihren Wählern ein breites Spektrum anspricht. Da gibt es keine Grenze in der Größe, etwa bei 20 Prozent. Den Gegenpol bildet die monothematische und auch klientelorientierte Interessenpartei, die ich Fokuspartei taufen möchte. Denn sie fokussiert sich auf Themen, Programme und Zielgruppen. Das gilt für die Linkspartei und natürlich die AfD, aber durchaus auch für die FDP.

Was sind nun die Grünen? Volkspartei oder Fokuspartei? Bei den Grünen selbst ist eine Debatte voll entbrannt, nicht zuletzt in dieser Zeitung. Sind sie Mitte, stehen sie an Merckels Seite? Oder qualifizieren sie sich als grüne Mitte, linke Mitte oder gar liberale Mitte? Sind sie zwar regionale Volkspartei, aber keinesfalls im Bund, so Trittin? Alle diese Stichworte sind gefallen.

Sicher ist nur eines: Die Grünen wollten nie so sein. Nicht einmal Partei wollten sie sein, haben

dieses Wort auch im Namen strikt vermieden, sondern mit ihrer Gründungsskone sollten sie Anti-Parteien-Partei sein. Radikal basisdemokratisch, ökologisch, pazifistisch und feministisch und irgendwie links, die rechte Mischung war immer und ist bis heute umstritten.

Und nun? Haben die Grünen-Männer Bauch angesetzt und die Bärte rasiert und die Frauen feine Hosenzüge angezogen und sich die Haare schön gemacht. Äußerlichkeiten. Wichtiger ist,

## Das Programm der Grünen ist immer noch links-libertär geprägt

dass sie Regierungspartei geworden sind. Die erste rot-grüne Koalition in Hessen 1985 mit Joschka Fischer als Umweltminister war noch heftig umstritten. Heute regiert dort Schwarz-Grün. Joschka Fischer stieg 1998 im Bund zum Außenminister auf und machte weltweit eine respektable Figur. Nur bei den Grünen blieb er misstrauisch beäugt. Er holte sich einen Trommelfellriss durch den Farbbeutelwurf eines Parteifreundes auf dem Kosovo-Sonderparteitag 1999, als er den ersten Auslandseinsatz der Bundeswehr rechtfertigen musste. Es gab Austritte. Das alles ist Geschichte.

Seit 2011 führte Winfried Kretschmann sogar die grün-rote Landesregierung von Baden-Württemberg hin zum Wahlerfolg 2016 und bewies, dass der erste Sieg keineswegs nur der Atomkatastrophe von Fukushima geschuldet war. Er schickte sich an, nach Hessen das zweite schwarz-grüne Bündnis zu schmieden, mit dem alten Erzfeind der Fundis, der Union, aber unter seiner Führung. Sind die Grünen damit im Kreis der Volksparteien angekommen und haben das enge Ghetto der Fokusparteien für immer verlassen?

Gehen wir die Kriterien einmal durch: Die Wählerschaft geht nun durch alle Schichten, die politischen Themen sind breit aufgestellt und nicht mehr fokussiert, wenn auch mit ökologisch-nachhaltiger Grundierung. Die Bündnisfähigkeit hat sich verbreitert, man kann mit der rechten und der linken Volkspartei koalieren. In Rheinland-Pfalz bahnt sich sogar eine Koalition mit dem Erzrivalen, der FDP, an. Das spricht alles für die Qualität – wenn es denn eine ist – einer Volkspartei. Aber bei zwei Kriterien sieht es noch nicht so aus: Die Mitgliedschaft und erst recht die Aktivisten und Funktionäre rekrutieren sich durchaus (noch) nicht aus einem Querschnitt der Bevölkerung. Und das Programm der Grünen lokalisiert sich nach einer jüngsten Inhaltsanalyse von Simon Franzmann immer noch in einem links-libertären Quadranten, nahe zur Linkspartei und nicht weit

von der SPD, recht weit weg von CDU oder FDP. Die Grünen sind also keine Volkspartei durch und durch, wollen es vielleicht auch nicht sein. Müssen sie auch nicht sein, denn als Allerpartei verliert man automatisch Ecken und Kanten, wie die Große Koalition gerade schmerzhaft erfährt.

Dass die Grünen-Protagonisten das Mantra der deutschen Politik jetzt entdecken, die Mitte, ist auch keine Lösung, denn dort tritt man sich auf die Füße vor lauter Getümmel. Gegen diesen Wettlauf zur Mitte steht immer noch das Programm der Grünen. Aber Programme kann man ändern oder ignorieren. Auch die Mitglieder und Aktivisten der Grünen sehen sich nicht mittig. So haben die Grünen immer noch ein Problem, sich als Volkspartei wiederzufinden, die sie doch nie werden wollten. Aber ein Zurück zur Fokuspartei, wo man sich in allem einig war, was man nicht wollte, wird es nicht geben. Denn man war damals nie einig, wohin man wollte.



Ulrich von Alemann war bis zu seiner Pensionierung 2012 Professor für Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf